Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

für die freigewerkschaftlichen Aufgaben der Arbeitnehmer in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. **Bezugspreis:** Vierteljährlich 2.50 Mark. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Versandstelle des Verbandes finden nicht statt

Schriftleitung u. Versandstelle: Leipzig Zeitzer Straße 30, IV, Aufgang B und C. Ruf 338 19

Anzeigengebühr: Die 8gespaltene Zeile 1 M. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postscheck Leipzig 56 383. Kassierer: L. Geist, Leipzig C1, Zeitzer Str. 30, IV (Volkshaus). Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends vormittags

37. Jahrgang — **Sonnabend, den 25. Februar 1933** — **Nummer 8**

Gewerkschaftskampf ist Freiheitskampf

Der Freiheitsruf und der Freiheitsgruß sind heute vielen Millionen deutscher werktätiger Menschen in ihrem Kampfe zum Symbol geworden. Zu den Organisationen, deren Aufgabe es ist, die Freiheitsforderung Wirklichkeit werden zu lassen, zählt in erster Linie die Gewerkschaft. Das mögen folgende Tatsachen zeigen.

Der arbeitende Mensch ist im Betriebe unfrei, wenn ihm vom Besitzer der Rohstoffe und Produktionsmittel, dem Unternehmer also, willkürlich der Entgelt für seine Leistung festgesetzt werden kann. Seine freie Meinung rückt hinter die Notwendigkeit, für sein Tagewerk wenigstens so viel zu erhalten, daß ihm und seiner Familie das zum Leben Notwendigste gegeben wird. Die Gewerkschaft hat hier durch den Abschluß unabdingbarer Tarifverträge den Arbeiter von der Willkür des einzelnen Unternehmers unabhängig gemacht. Das war ein Schritt vorwärts im Freiheitskampfe.

Heute soll das, was hier durch zähe Gewerkschaftsarbeit erreicht werden konnte, zunichte gemacht werden. Die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen soll fallen und die Unabdingbarkeit von Tarifverträgen beseitigt werden. Arbeitsmann, hier droht deiner Freiheit ernsteste Gefahr.

Der arbeitslose Mensch ist unfrei, ist ein Sklave, wenn er sich dem Unternehmer um jeden Preis zur Arbeit anbieten muß, andernfalls ihm und seinen Angehörigen der Hungertod droht. Er wird gezwungen, seinem Kollegen in den Rücken zu fallen, um an seiner Statt den umstrittenen Arbeitsplatz einzunehmen. Hier hat jahrzehntelanger Gewerkschaftskampf ein Stück Freiheit auch dem gebracht, den das Schicksal aus dem Produktionsprozeß herausgeworfen hat. Die Wirkungen der Arbeitslosenhilfe sind Erfolge im Freiheitskampf.

Jede Verschlechterung dort, jeder Ersatz der Finanzhilfe für die Arbeitslosen durch Zwangsarbeit, jeder Druck auf den arbeitslosen Menschen, zu allen Bedingungen Arbeit anzunehmen, weil ein Mindestsatz der Entlohnung nicht mehr besteht, raubt ein Stück schwer erkämpfter Freiheit. Arbeitsloser Kollege, hier bist du das Ziel des Kampfes. Schütze auch du das, was dir von deiner Berufsorganisation erkämpft worden ist!

Wer seine Gesundheit im Betriebe geopfert hat, wem jahre- oder jahrzehntelange Berufsarbeit die Kräfte geschwächt oder gar genommen hat, der soll vor dem Hungertode geschützt sein. Das ist die primitivste Anforderung an menschliche Sitte und gesellschaftlichen Anstand. Ist das aber nicht der Fall, so wird der kranke, alte oder invalide Arbeitnehmer zum Sklaven seiner Not. Er muß auf dem Arbeitsplatze verharren, bis er umfällt. Hier ist durch Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung ein Bollwerk gegen diese Art der Sklaverei errichtet worden. **Jahrzehnte haben die deutschen Gewerkschaften an diesem Bau gearbeitet.** Sie schufen in unermüdlicher Arbeit diesen Freiheitswall.

Heute soll er abgetragen werden. Der angebliche Wohlfahrtsstaat soll vernichtet werden. Hochverdiente Sozialpolitiker in beamteter Stellung (Grieser) erhalten den Abschied. Hier ist ebenfalls ein Stück Freiheit in Gefahr.

Und nun, ihr alle, ihr im Betrieb, ihr Arbeitslosen und ihr Invaliden, jedem von euch droht der Verlust eines Freiheitsrechtes. Die, die da gegen euch kämpfen, sie treffen euch alle. Deshalb stellt euch gemeinsam in die Abwehrfront, reiht euch alle hinter die Gewerkschaftsfahne, um mitzuhelfen, daß diese wieder vorangetragen werde im Kampfe um eure wahre Freiheit.

Unsterbliche Heuchelei und Blamage

Nationalsozialistische Streikbekenntnisse und die Regierungspraxis

„Die Wirtschaft soll auf dem Rücken, soll unter Opferung der Lebensrechte der deutschen Arbeiterschaft wieder aufgerichtet werden. Darum bekennen wir: jede Gegenwehr der durch die letzte Notverordnung des Herrn von Papen aufs tiefste verelendeten Volksgenossen ist nicht nur moralisch, sondern auch wirtschaftlich berechtigt. Darum stellt sich die nationalsozialistische Betriebszellenorganisation in diesem Kampf an die Spitze der deutschen Arbeiterschaft. Bei dieser Abwehr verzichten wir auch nicht auf den Streik. Streik gegen die verelende Politik des volksfremden herrschenden Systems. Streik gegen den Abbau der Tarife, der sozialen Einrichtungen, Streik gegen den Versuch, die deutschen Arbeiter für die Sünden ihrer falschen Führer hungern zu lassen. Streik gegen den Lohnraub, für Gesundung der Wirtschaft. Das ist unser Streik gegen Papen und seine Hochfinanz. Die Amtswalter der NSBO bekennen: Wir fürchten nicht die Zwangsmaßnahmen des herrschenden Systems. Wir fürchten keine neuen Sozialistenverfolgung, wir haben den marxistischen Terror gebrochen; wir werden auch mit den Schikanen der Herren vom Herrenklub fertig werden. Wir erklären: Jeder berechtigte Streik gegen den Elendskurs des Systems findet unsere Unterstützung in jeder Form."

Dieses streikwütige Bekenntnis entnehmen wir nicht einem gewerkschaftlichen oder sozialistischen Organ, sondern wie es aus dem Inhalt schon teilweise hervorgeht, einer nationalsozialistischen Parteizeitung. Bei diesen Auslassungen handelt es sich nämlich um eine Entschließung, die auf dem Kongreß der nationalsozialistischen Betriebszellenleiter, der am 23. und 24. Oktober in Duisburg tagte, angenommen wurde. Wir entnehmen sie dem parteiamtlichen Organ der Nazipartei in Essen, der „Nationalzeitung" vom 25. Oktober 1932. Da die letzte Notverordnung des Herrn von Papen noch nicht aufgehoben ist, muß jeder Streik dagegen nach parteioffiziellen Auslassungen der Nazipartei als berechtigt angesehen werden. Aber auch jeder Streik gegen neue wirtschaftliche und soziale Verschlechterungen ist nach den nationalsozialistischen Beschlüssen nicht nur zulässig, sondern sogar geboten. So erklärte zum Beispiel der Gauleiter Johlitz nach einem Bericht der Nationalzeitung vom 24. Oktober auf dem Kongreß wörtlich folgendes:

„Jetzt, wo alle Arbeitnehmer gegen Papen stehen, werden wir uns rücksichtslos die Führung unter ihnen erringen. Und wenn die Gewerkschaftsführung jetzt die notverordnete Friedenspflicht anerkennt, wenn sie nicht wagt, einen Streik durchzuführen, so sagen wir: Wenn Herr von Papen uns 99mal einsperren läßt, werden wir 100mal für die Rechte des Arbeiters kämpfen."

Der Gauleiter Stein erklärte:

„Wenn wir streiken, haben wir auch dabei nur Deutschland als Ziel, die deutsche Volksgemeinschaft, in der uns fünf Hand- und Kopfarbeiter lieber sind, als tausend Spießer."

Der Redner empfahl sogar, aus der Belegschaft heraus Streikleitungen zu wählen, um den Streik auf betrieblicher Grundlage zu führen. Die Nazis legten also in dieser Konferenz, nach ihren eigenen Zeitungsberichten zu urteilen, sehr viele radikale Bekenntnisse ab.

Entsprechend diesen Auslassungen hätte die Hitlerregierung ihre erste Aufgabe darin sehen müssen, die Papen-Notverordnung aufzuheben. Aber anstatt die sozialen Verschlechterungen rückgängig zu machen und die Lebenshaltung der Arbeiterschaft zu heben, erließ die Hitlerregierung eine Verordnung, in der die Rede- und Pressefreiheit sowie die Versammlungsfreiheit weitgehend unterdrückt wird.

Nach dieser Verordnung können, wie bereits im „Steinarbeiter" Nr. 7 berichtet, Druckschriften, in denen zu einem Streik in lebenswichtigen Betrieben aufgefordert oder angereizt wird, bis zu sechs Monaten verboten werden. Das gleiche gilt für den Fall eines Generalstreiks. Was sagen die nationalsozialistischen Proleten zu dieser Verordnung der neuen Regierung. Das System Papen, das sie hinwegstreiken wollten, selbst wenn man sie 99mal einsperrte, herrscht immer noch und ist sogar mit Hilfe der Hitlerpartei stabilisiert worden. Praktische Erfolge für die breite Masse bleiben aus. **Statt dessen schafft man politische Maulkörbe und das Gegenteil von dem, was die Nazis vor einigen Wochen als Kampflosung herausstellten.** Die Taten der Hitlerregierung sind demnach ganz anders als die Töne, die man auf dem nationalsozialistischen Betriebszellenkongreß vor den Novemberwahlen vernehmen konnte. Dabei meinte auf dieser Konferenz der Reichsleiter Schuhmann wörtlich:

„Haben wir erst die Macht, werden in kurzer Zeit Maßnahmen durchgeführt, die die Arbeiter jubelnd zu uns führen."

Von diesem Jubel haben wir bis jetzt verflucht wenig gemerkt. Er wird nicht einmal in nationalsozialistischen Kreisen aufkommen können. wenn die an dem Kongreß beteiligten Proleten jetzt noch einmal den Duisburger Tagesbericht studieren. Auf diesem Kongreß soll nach dem nationalsozialistischen Zeitungsbericht Gauleiter Ohling aus dem Bezirk Köln-Aachen die Grüße seines Gaues überbracht und betont haben, daß es Pflicht der NSBO sei, **der Reaktion beizubringen, den deutschen Arbeiter wieder achten zu lernen, statt ihn als Schwein zu beschimpfen, wie es eine deutschnationale Dame kürzlich im Landtage sagte.** Wir machen uns diese Behauptung mit der Wiedergabe des Redners natürlich nicht zu eigen, denn unseres Wissens wurde der Ausdruck „Schwein" gebraucht im Hinblick auf die Radauszenen der Nazis im Preußischen Landtage.

Was sagen nun die nationalsozialistischen Proleten dazu, daß die Hitlerpartei mit diesen deutschnationalen Herrschaften ein politisches Bündnis eingegangen ist? Mit Leuten, die, nach nationalsozialistischer Auslassung, die Arbeiter als Schweine beschimpfen, kann man doch keine Arbeiterpolitik betreiben.

Schließlich meinte der Reichsleiter Schuhmann, Herr von Papen und seine Helfer werden daran zerbrechen, daß sie das Vertrauen des Volkes nicht besitzen. Der nationalsozialistische Redner Börger betonte, Papen habe versucht, Hitler vor seinen Wagen zu spannen, das sei nicht gelungen, weil Hitler zum deutschen Volk in Treue stand.

Die üble Schaumschlägerei und Verlogenheit, die in diesen Worten liegt, ist inzwischen durch die Bündnispolitik Hitler-Papen-Hugenberg drastisch entlarvt worden. Wenn es deshalb im nationalsozialistischen Lager wirklich verirrte Arbeitnehmer gab, die den radikalen Bekenntnissen der nationalsozialistischen Führer vor einigen Monaten in ehrlicher Ueberzeugung Glauben schenkten, dann müssen sich diese Leute heute entrüstet und voll Ekel von dieser Partei abwenden. Denn alles, was man dem Volke predigte, erweist sich in der nationalsozialistischen Praxis als Lug und Trug. Die Gasbomben aber, die gewissenlose Elemente im Nazilager im letzten Wahlkampf zur Vernebelung der Arbeiterschaft fabrizierten, müssen wir, wie vorstehende Darlegungen zeigen, als wahlpolitische Munition immer wieder benutzen. Darüber hinaus werden die Dokumente, besonders die nationalsozialistischen Streikbekenntnisse, solange unumgänglichen Wert besitzen, **solange eine reaktionäre Herrenschicht im Bunde mit den Nazis die deutsche Arbeiterschaft in ihrem wirtschaftlichen und sozialen Befreiungskampfe mit den unfairsten Mitteln zu behindern versucht.**

An die Mitglieder der Gewerkschaften

Zum sechstenmal innerhalb eines Jahres werdet ihr an die Wahlurne gerufen.

Bei all diesen Wahlen stand die gleiche Frage zur Entscheidung, die Schicksalsfrage von der künftigen Gestalt des deutschen Staates, von dem Geist seiner Gesetzgebung und seiner Verwaltung. Soll die Staatsgewalt einer kleinen Herrenschicht, soll sie der Diktatur einer Partei, soll sie einer Einheitsfront der sozialen Reaktion überantwortet oder soll das Volk wieder souverän im Staate werden?

Um diese Frage geht der erbitterte Kampf. Er ist noch nicht entschieden, trotzdem seit langem schon die Staatsgewalt nicht mehr vom Volke ausgeht, sondern beim Reichspräsidenten und seinen Ratgebern konzentriert ist.

Ihr habt bisher bei jeder Wahl euren Gegnern innerhalb und außerhalb der Regierung euren festen Willen entgegengestellt, die Souveränität des Volkes in vollem Umfange wiederzugewinnen. Ihr habt das Volksrecht gegen jegliches Diktaturgelüst verteidigt. Wirtschaftliche Not und politischer Terror haben euren Freiheitswillen nicht gebrochen.

Euer Kampf war nicht vergebens, wenn auch zur Zeit die soziale Reaktion im Sattel sitzt. Denn heute ist euer rechtmäßiger Widerstand gegen jeglichen Umsturz der stärkste, der einzig wirksame Schutz der Verfassung und eurer Rechte.

Deutsche Arbeiter und Angestellte, Frauen und Männer! Ihr wißt, was auf dem Spiel steht. Ihr kennt die Geschichte der letzten vierzehn Jahre, ihr habt nicht vergessen, wie sie wirklich gewesen ist. Ihr glaubt keine schwarzweißroten Märchen über den Marxismus. Ihr wißt, was ihr der deutschen Arbeiterbewegung zu verdanken habt.

Erst als die Staatsgewalt vom Volke ausging, erst im November 1918, wurde die Schmach des Dreiklassen-Wahlrechts ausgelöscht. Erst damals wurden die letzten Schranken der Koalitionsfreiheit niedergerissen. Erst damals wurde das Sklavenrecht der Landarbeiter, die Gesindeordnungen, beseitigt. Erst seit jenen Tagen wurde der Bau der deutschen Sozialpolitik zum Bollwerk der inneren Freiheit unseres Volkes. Erst damals wurde das deutsche Arbeitsrecht zu der Brücke zwischen Arbeiterbewegung und Nation, an deren Grundpfeilern eure Feinde heute rütteln.

Gewerkschaftsmitglieder! Die Staatsgewalt darf nicht jenen Mächten und politischen Gruppen ausgeliefert werden, die ihre Willkür an Stelle eures rechtsschöpferischen Willens setzen wollen.

So unabsehbar die wirtschaftliche Not ist, ihr habt noch viel zu verlieren. Schützt euer Recht! Verteidigt am 5. März das neue Deutschland gegen den Generalangriff seiner inneren Feinde.

Ihr wißt, in welcher Front ihr diesen Freiheitskampf führt. Ihr wißt, wem ihr eure Stimme zu geben habt.

Eure Entscheidung wird fallen

für Volksherrschaft gegen Diktatur,
für ein freies, sozialistisches Deutschland!

Am 15. Februar 1933.

Die Bundesvorstände
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes
und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes

Ueber die Hälfte des Fleischpreises gehört nicht zu den Produktionskosten

Dieser Artikel steht schon längere Zeit im Satz, wurde also verfaßt vor der neueren Zollerhöhung auf Fleisch ab 15. Februar. Durch diese Maßnahme der jetzigen Reichsregierung ist der Artikel besonders aktuell, ohne daß dieses Verteuerungsmoment mit hineingearbeitet wurde. Red.

Fleisch ist die blutige Muskelmasse der Wirbeltiere, zu denen vor allem Kühe, Ochsen, Kälber, Schweine, Hammel, Pferde, Hühner, Gänse, Wild und Geflügel rechnen. Seit Jahrhunderten ist Fleisch als Leckerbissen für den Gaumen sehr begehrt. Daneben schätzt man Fleisch als Kraft- und Wärmequelle. Enthält es doch vor allem Eiweiß und Fett. Von vegetarischer Seite wird aber lebhaft der physiologische Nutzen des Fleisches bestritten. Gemäß dieser Auffassung soll reichlicher Fleischgenuß sehr schädlich sein. Er führe zu einer Harnsäureüberladung des Blutes, zu allerlei Bauchkrankheiten, zu einer rohen Gesinnung, zu Krieg und sozialem Elend. Ob die Vegetarier mit ihren übertriebenen Schlußfolgerungen immer recht haben, dies sei hier ununtersucht gelassen. In der Volksernährung spielt jedenfalls vorläufig das Fleisch noch immer eine Hauptrolle. Im Jahre 1813 aß man in Deutschland ein halbes Pfund je Kopf und Woche, 1870 ein Pfund, 1913 nach der Statistik der Hauptlandwirtschaftskammer zweidreiviertel Pfund, 1931 rund zweieinhalb Pfund, 1932 zwei Pfund Fleisch. Hinzu kommen aber noch die vielen Fleischkonserven und Fleischextrakte. Damit ist bewiesen, daß Fleisch trotz aller vegetarischen Gegengründe noch immer ein wichtiges Volksnahrungsmittel ist. Nach den Ergebnissen der amtlichen Wirtschaftsrechnungen beträgt der Fleischanteil an den Ernährungsausgaben des einzelnen Haushaltes bei einem Einkommen bis 800 Mark 23,4 Prozent, bis 1200 Mark 25,6 Prozent, bis 1500 Mark 24,4 Prozent, über 1500 Mark 27,3 Prozent. Nach einer Untersuchung des Verbandes der Bergindustriearbeiter im Jahre 1930 gab der Bergarbeiter in jener Zeit für Fleisch und Fleischwaren 29,5 Prozent seiner Nahrungsmittelaufwendungen aus. Davon entfielen auf Pferdefleisch 0,7 Prozent.

Diese großen Ausgaben für die Fleischkost sind natürlich vor allem durch hohe Fleischpreise bedingt. Letztere wurzeln zunächst in der Viehwirtschaft des betreffenden Landes. Nach den Mitteilungen des Statistischen Reichsamtes hatte Deutschland folgenden Viehbestand:

Art	am 1. Dez. 1925	am 1. Dez. 1932
Pferde	3 917 000	3 450 000
Rinder	17 202 000	19 090 000
Schweine	16 200 000	23 780 000
Schafe	4 753 000	3 490 000
Ziegen	3 796 000	2 510 000
Gänse	5 339 000	5 680 000
Enten	2 043 000	3 540 000
Hühner	64 122 000	84 060 000

Die Zahl der Pferde hat unter dem Einfluß des Autoverkehrs abgenommen. Für Schlachtungen wurden 1924 109 000 Pferde verwandt. Die Zahl der Ochsen, Kühe und Kälber ist um fast zwei Millionen gestiegen, die Zahl der Schweine

um mehr als sieben Millionen. Bei Schafen und Ziegen ist eine Abnahme festzustellen. Der inländische Bestand an Gänsen ist ziemlich gleich geblieben. Die Enten haben sich dagegen rapide vermehrt. Bei den Hühnern ist sogar eine verschwenderische Fruchtbarkeit festzustellen.

Diese Steigerung des allgemeinen Viehbestands setzte die deutsche Landwirtschaft in die Lage, neunundneunzig Prozent des inländischen Fleischbedarfs zu decken. Natürlich nahmen die Großagrarier dabei auch Schutzzölle zu Hilfe. Auf der Einfuhr von hundert Kilogramm Schweinen lastet ein Zoll von 40 Mark, auf 100 Kilogramm Rindern von 24,50 Mark, auf 100 Kilogramm Schweinefleisch 60 Mark, auf 100 Kilogramm Rindfleisch der gleiche Betrag. Dieser gewaltige Zollsatz macht dem Auslande natürlich jede größere Konkurrenz unmöglich. Nur ein Prozent unseres inländischen Fleischbedarfes kam 1931 aus dem Auslande. Die Agrarier hätten damit gute Profitsätze gehabt, wenn — die Wirtschaftskrise nicht gekommen wäre. Mit steigendem Fleischminderverbrauch stieg das Fleischangebot und senkte den Fleischpreis. Trotz Schutzzölle war der hohe Viehpreis nicht zu halten. Da die Großagrarier aber auch wahnsinnige Getreideschutzzölle durchgesetzt haben, bleiben die Futtermittelkosten auf einer unberechtigten Höhe stehen. Für viele Kleinbauern ist darum die Viehwirtschaft völlig unrentabel geworden. Fleisch ist nur noch für Großbauern eine Profitquelle.

Zweite Kleinverdiener am Fleisch sind gegenwärtig die 88 000 in Deutschland vorhandenen Fleischereibetriebe, die Schlachtung und Verkauf regulieren. Im Jahre 1931 wurden von diesen 3 378 746 Stück Rinder geschlachtet. Auf jede der direkten Metzgereien entfielen dabei jährlich 47,5 Rinder oder annähernd ein Rind pro Woche. Um die Erhöhung dieses Durchschnittsatzes führen die Fleischermeister einen scharfen Konkurrenzkampf. Laut Verordnung des Preisdiktators Dr. Goerdeler dürfen sie an jedem Pfund Schweinfleisch rund 25 Prozent verdienen. Darüber hinaus machen sie aber auch noch ganz schöne Sonderprofite. Die konkurrierenden Fleischermeister werden nicht müde, ihren Gegnern dauernd den Verkauf geringwertiger Qualitäten zu erstklassigen Preisen vorzuwerfen. Ab und zu wird auch ein Gericht damit beschäftigt, festzustellen, was prima Rindfleisch ist. Die Auffassungen über die verschiedenen Qualitäten gehen allerdings weit auseinander. Nach „Konsumgenossenschaftlicher Rundschau" Nr. 44, 1932, wurde ein Greizer Metzgermeister mit 30 Mark Geldstrafe belegt, weil er prima frisches Rindfleisch angeboten hatte, das aber in Wirklichkeit nur zweitklassiges, minderwertiges Fleisch war. Damit ist deutlich bewiesen, daß die Metzger sich auf Kosten des arbeitenden Volkes durch Qualitätsschiebungen Sondergewinne sichern.

Jeder, der heute in einer Metzgerei kauft, ist angesichts der niedrigen Viehpreise über die gewaltige Höhe der Fleischpreise erstaunt. Natürlich machen ja die Metzger nach wie vor ihr gutes Händlergeschäft. Jedoch ist noch ein Dritter an der Ausbeutung des Fleisches beteiligt. Dies ist der Staat mit seiner Steuer. In verschiedenster Form quetscht er das Massenkonsummittel „Fleisch" aus.

Zunächst müssen Umsatzsteuern bezahlt werden, die für die konsumgenossenschaftlichen Metzger 2½ Prozent, für die privaten Metzger 2 Prozent betragen. Da aber die Umsatzsteuern auch beim Viehhändler und Großschlächter erhoben werden, ist die Gesamtbelastung des Fleischverzehrs auf mindestens 7 Prozent zu veranschlagen.

Als zweite Belastung des Fleischverbrauches ist in der Nachkriegszeit die Schlachtsteuer eingeführt worden. Preußen kennt sie seit 1. Juli 1932, Württemberg ab 1. Oktober 1932, Bayern führte die Besteuerung des Schlachtens 1930 ein und regelte sie ab 25. Januar 1932 ganz neu. Baden und Sachsen sorgten schon 1923/24 für zeitgemäße Schlachtabgaben. In den Hansestädten Hamburg, Bremen, Lübeck, ferner in Oldenburg und Lippe gelten preußische Tarifsätze. Mit Wirkung vom 1. Dezember 1932 ab führte auch der Freistaat Hessen die Schlachtsteuer ein. Um einen Fehlbetrag von 8 Millionen Mark zu decken, hat die mecklenburg-schwerinsche Staatsregierung eine Schlachtsteuerverordnung erlassen, deren Tarif sich zwischen 1,50 Mark bis 36 Mark bewegt. Der Naziministerpräsident Freyberg hat mitgeteilt, daß er in Anhalt ebenfalls Schlachtsteuern einführen würde. In Thüringen hat die dortige Naziregierung ab 1. Januar 1933 ebenfalls Schlachtsteuern eingeführt. Die thüringische Bevölkerung muß nun pro Jahr 5 Millionen Mark mehr an Steuern zahlen. Als sich die Regierung Braun unter vielen Drohungen seitens Papen zur vorübergehenden Einführung der Schlachtsteuer entschließen mußte, erhoben die Nazis verheerendes Geschrei. In den Hetzreden hieß es, die Sozialdemokratie ruiniere nun die Landwirtschaft, drossele das Fleischgewerbe und verteuere das Fleisch. In Berlin veranlaßten die Nazis sogar unter den Metzgern einen Verkaufsstreik.

Nachdem sie nun gewisse Teile des Mittelstandes vor den Parteikarren gespannt haben, führen sie selbst die so heftig bekämpfte Volkssteuer ein! Kann es eine größere soziale Verlogenheit geben?

Nach den jetzigen Tarifsätzen stellt sich die amtliche Belastung pro Kilo Fleisch in den hauptsächlichsten Ländern wie folgt:

Land	Steuerbetrag in Pf. pro Kilo Fleisch vom Ochsen	vom Schwein	vom Kalb
Preußen	6,41	9,33	7,16
Bayern	3,69	5,14	3,28
Sachsen	4,28	6,19	3,67
Baden	3,24	2,51	2,27
Württemberg	5,50	8,02	8,90

Rechnet man gemäß einer Berliner Erhebung Umsatz- und Schlachtsteuern zusammen, dann kommt eine Besteuerung des Fleischverbrauchs von mindestens zwölf Prozent heraus! Für das ganze Reich sollen dadurch 200 Millionen Mark an Steuern einkommen, die natürlich von den Verbrauchermassen bezahlt werden.

Hiermit ist aber die Ausbeutung des Fleisches noch nicht erschöpft. Ein wichtiges Hilfsmittel im Fleischgewerbe ist das Salz. Ein Waggon Salz, der nur 750 Mark Wert hat, kostet an Steuern 1800 Mark. Das wird natürlich in den Fleischpreis einkalkuliert.

Als weitere Beteiligte am Fleischwucher haben sich die Gemeinden eingestellt. Sie kleiden ihren Steuerdruck in das harmlose Wort „Gebühren". Es gibt „Eingangs-", „Schlachtungs-" und „Untersuchungsgebühren". Bei deren Umrechnung auf den Kilo-Fleischpreis erhält man 5 bis 7 Prozent Belastung. Damit erhöht sich die fiskalische Belastung auf rund 19 Prozent des Ladenpreises. Addiert man Zollaufschlag, Schlachtsteuer, Gebühren, Händlerverdienst, dann ist jedes Pfündchen Fleisch mit **wenigstens 50 Prozent Gewinn** belastet. **Mehr als die Hälfte des Fleischpreises muß die arbeitende Bevölkerung für Zwecke entrichten, die nicht zu den Produktionskosten gehören.** Die Besteuerung eines Massennahrungsmittels hat damit eine unverantwortliche Höhe erreicht.

Dem werktätigen Volke stehen als Gegenmittel nur zwei Wege offen. Der erste heißt Umstellung der Ernährung auf pflanzliche Nahrungsmittel, die es mit dem Fleische in jeder Hinsicht aufnehmen können. Weil der Arbeiter nur einen kargen Geldbeutel hat, ist er doppelt zum Kaufe des Wertvollen, des Nahrhaftesten verpflichtet. Ohne hundertprozentiger Vegetarier zu werden, kann man doch ganz erheblich den Fleischgenuß einschränken und sich dafür mehr Milch, mehr Obst, mehr Brot, mehr Kartoffeln, mehr Nüsse und Südfrüchte sowie andere wertvolle Lebensmittel kaufen. Anderseits muß sich aber auch jede Hausfrau etwas mit neuzeitlichen, billigen Reformküchenrezepten vertraut machen. Nahrhaft, schmackhaft, gesund und billig, dies ist die große Richtlinie. Als zweiter Weg bleibt der Arbeiterschaft nur politischer und gewerkschaftlicher Kampf gegen alle nationalsozialistischen Fleischverteurer und großagrarischen Lebensmittelausbeuter übrig. Denn auch die anderen Nahrungsmittel sind durch eine schamlose, sozial ungerechte Zoll- und Kontingentierungspolitik in ihrer niedrigen Preislage bedroht. Hohe Zölle, riesige Verbrauchssteuern und Händlerprofite müssen auf das niedrigste Maß gesenkt oder gar gänzlich beseitigt werden. Nur eine sozialistische Bedarfsdeckungswirtschaft wird dafür garantieren, daß der Segen der Natur restlos dem Volksganzen zugeführt wird. Tragen wir darum immer aufs Neue den Gedanken des Sozialismus hinaus in die Betriebe, in die Häuser und in die Versammlungshallen.

Chr. Slbh.

*

Ab 15. Februar 1933 sind die Zölle pro Doppelzentner erhöht worden für

Rindvieh .	von 27.—	auf 50.— M.
Schafe . . .	von 22.50	auf 45.— M.
Schweine .	von 36.—	auf 50.— M.
Fleisch . . .	von 40.— bis 120	auf 100.— bis 281 M.
Schmalz . .	von 12.50	auf 50.— M.
Speck	von 20.—	auf 36.— M.

Alle Zölle verfolgen den Zweck, den inländischen Markt gegen die Ueberschwemmung mit billigeren Auslandserzeugnissen zu schützen. Oder deutlicher ausgedrückt, die Preise für inländische Erzeugnisse sollen hochgehalten, wo sie den Erzeugern zu niedrig erscheinen, um den Zollsatz erhöht werden. Die Folge der neuen Zollerhöhungen kann also nur eine Verteuerung von Fleisch, Schmalz und Speck sein.

Die „Fleischer-Verbandszeitung" berichtet bereits, daß auf allen deutschen Schlachtviehmärkten die Preise für Vieh neuerdings erheblich in die Höhe gegangen sind. In Hamburg und Berlin beträgt die Fleischteuerung, die auf die Zollmaßnahmen der Reichsregierung zurückgeführt wird, 10 Pfennig pro Pfund. Ein netter Anfang des Vierjahresplans!

Der Segen für die „Gelben" beginnt

Im Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist ein schwerer Konflikt ausgebrochen. Die Arbeitergruppe des Pommerschen Landbundes verlangt eine Vertretung im Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes Pommern, ein Antrag, der ihr vor vier Jahren abgelehnt wurde, da es sich um eine gelbe, von den Unternehmern abhängige Organisation handelt. Inzwischen hat diese gelbe Vereinigung sich durch einen Scheinprozeß vom Reichsarbeitsgericht bestätigen lassen, daß sie „tariffähig" sei. Gestützt hierauf billigen ihr nun die Arbeitgeberverbände und die Vertreter der öffentlichen Körperschaften im Vorstand der Reichsanstalt eine Vertretung im Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes zu.

Dadurch wird die Parität zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern künftig völlig aufgehoben, da bei allen Abstimmungen die Arbeitgeber zusammen mit dem getreuen Vertreter der landbündlichen „Arbeitergruppe" überwiegen. Unter Führung der Arbeitgeber stimmten auch die Behördenvertreter für die Beteiligung der Gelben. Wer wagt es, gegen die „neue Staatsführung" zu stimmen? **Daß die Vertreter der Gewerkschaften neue Beweise für die Abhängigkeit dieser „Arbeitergruppe" von ihren Arbeitgebern aufzeigten, daß sie bewiesen, wie die Beiträge direkt vom Lohn abgezogen werden und die** angegebenen Mitgliedsziffern mindestens 4 bis 5mal zu hoch sind, — das alles ist „unerheblich". Jede Prüfung der Beweise wird abgelehnt. Die Front: Arbeitgeber, Behördenvertreter und stellvertretender Vorsitzender der Reichsanstalt hält fest zusammen gegen die Gewerkschaften, deren Vertreter es unter diesen Umständen ablehnten, an einem Beschluß mitzuwirken, der den Grundgedanken des Gesetzes, die Parität zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern vernichtet. Sie verließen die Sitzung. Dies wird zwar nichts nützen, da nach den gesetzlichen Bestimmungen Beschlüsse einer zweiten Sitzung auch dann rechtskräftig sind, wenn eine der Gruppen nicht erscheint.

Natürlich werden die Gewerkschaften beim Reichsarbeitsminister Beschwerde führen, so daß Herr Seldte letztinstanzlich entscheiden muß, ob durch Zuziehung von Gelben in die Reichsanstalt die Parität zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufgehoben werden soll. Wird er noch vor den Wahlen entscheiden?

Jugend der Eisernen Front!

An der Spitze der deutschen Republik steht seit dem 30. Januar die Regierung Hitler-Papen-Hugenberg. Schon diese Namen sind ein Programm. „Abbau des Wohlfahrtsstaates", „Erhaltung des Privatkapitalismus", „Vernichtung des Marxismus und der Novemberverbrecher". Das sind die Kampfparolen dieser reaktionären Konzentration.

Die Jugend erfreut sich der besonderen Fürsorge dieses Kabinetts. Der einzige konkrete Punkt in dem Aufruf der neuen Reichsregierung ist die Ankündigung der Arbeitsdienstpflicht. Es soll eine Arbeitsdienstpflichtarmee als Zwangserziehungsanstalt der deutschen Jugend geschaffen werden. Das ist die einzige Hilfe, die ein Kabinett unter der Leitung des „Arbeiterführers" Hitler der großen Masse der erwerbslosen Jugend in Aussicht stellt. Eine Million junger Männer und eine halbe Million junger Mädchen und Frauen leiden seit Jahren unter den schrecklichen Folgen der kapitalistischen Wirtschaftskrise. Sie erwarten alle sehnsüchtig den Zeitpunkt, an dem sie wieder ihre Kräfte und ihre beruflichen Fähigkeiten in produktiver Arbeit anwenden können. Die Arbeitsdienstpflicht kann diese Erwartungen nicht erfüllen. Sie bringt euch keine Entlohnung, sie zerstört die natürlichen Lebensgemeinschaften, sie kann den Aelteren unter euch keine materielle Basis für die Gründung einer eigenen Familie bieten.

Es gibt nur einen Weg aus der Not dieser Krise, das ist die Beschaffung von freier Arbeit zu normalen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Das aber ist der Weg der Organisationen der Eisernen Front. Er soll jetzt nach dem Willen der Regierung für immer verbaut werden durch die Beseitigung der politischen Rechte der breiten Massen des Volkes, durch die Beseitigung der Demokratie. Der „Kampf gegen den Marxismus" hat keine anderen Ziele als die Erhaltung der Vormachtstellung des Großgrundbesitzes und der Schwerindustrie und die Vernichtung aller Kräfte, die die Staatsmacht zur Umgestaltung der Wirtschaft im Sinne der sozialistischen Forderungen der breiten Massen, insbesondere der Jugend, einsetzen wollen.

In diesem Ringen kann der arbeitenden und vorwärtsstrebenden Jugend die Entscheidung nicht schwerfallen. Sie steht in der Front für soziale Gerechtigkeit, für innere und äußere Freiheit, für Gleichberechtigung, Frieden und allgemeine Abrüstung.

Jugend der „Eisernen Front"! Die politische und soziale Reaktion hat ihre letzten Reserven mobilisiert, sie führt den Kampf gegen die Freiheitsbewegung des deutschen Volkes. Wir nehmen diesen Kampf auf. Das Recht und der Geist der Verfassung sind unsere Bundesgenossen. Setzt alle eure Kräfte ein, werbt neue Kämpfer gegen die drohende Gewaltherrschaft der vereinigten faschistisch-kapitalistischen Reaktion. Ihr habt euch in dem Kampfjahr 1932 tapfer geschlagen, wir rechnen auch jetzt auf euch!

Die „neuen Herren" haben uns die Vernichtung angedroht. Sie können uns nicht schrecken. Die arbeitende und freiheitsliebende Jugend wird nicht eher ruhen, bis das System des 30. Januar in Deutschland wieder beseitigt ist. Je mehr sie uns beschimpfen, je wütender sie gegen unsere Organisationen anrennen, desto fester und entschlossener wird die Jugend der Eisernen Front zusammenstehen, um auf dem Boden der Verfassung unseren Ideen zum Siege zu verhelfen. Die Reaktion hat sich in ihrem Haß gegen Volksherrschaft und Arbeiterbewegung geeinigt. Unsere Einheitsfront ist die Eiserne Front! Ihre Parolen und Ziele sind die Kampfeslosungen der jungen Arbeiterschaft.

Freiheit!

Für die Jugend der freien Gewerkschaften:
Walter Maschke

Für die Jugend der Arbeitersportverbände:
Fritz Wildung

Für die Sozialistische Arbeiterjugend:
Erich Ollenhauer

Für die Jugend des Reichsbanners:
Franz Osterroth

Selbständige oder unselbständige Gewerkschaften

II.

Infolge der politischen Entwicklung sind Schwierigkeiten zu überwinden, die sich nicht nur in den im „Steinarbeiter" Nr. 7 wiedergegebenen Disharmonien erschöpfen, sondern die auch weiter dadurch entstanden sind, daß die Kommunistische Partei Deutschlands sich als eine ihrer Agitationsabteilungen die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition (RGO.) angegliedert hat, die hemmungslos unter dem Deckmantel wirtschaftlicher Gewerkschaftsarbeit in den Betrieben politische Propaganda betreiben muß. Ebenso hat sich die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ebenfalls als Agitationsinstrument die Nationalsozialistische Betriebsorganisation (NSBO.) geschaffen, die den gleichen Aufgaben dienen soll wie die kommunistische RGO. Mit wirklicher Gewerkschaftstätigkeit haben solche Bestrebungen nicht das geringste zu tun. Sie dienen nur der vollkommenen Zersplitterung der Arbeiterklasse.

Gewerkschaften sind wirtschaftliche Vereinigungen der Arbeiter, sie sind keine politischen Parteien. Die Gewerkschaften sind auch nicht deshalb politisch, weil sie die bestmögliche Regelung der Lohn-, Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen sowie die Weiterentwicklung der Sozialversicherung und des Arbeiterschutzes erstreben und zu diesem Zweck auch auf die Regierung und die Parlamente einwirken. Ihrer Natur nach müssen die Gewerkschaften für Demokratie und Parlamentarismus eintreten. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben müssen die Gewerkschaften von der Staatsgewalt unabhängig sein. Das gilt grundsätzlich gegenüber jeder Form der Staatsgewalt, denn nur unabhängige Gewerkschaften können ihre Aufgabe erfüllen. Diesen Grundsätzen entsprechen RGO. und NSBO. ebensowenig wie wirtschaftsfriedliche Verbände. Genau so wenig wie es dem Interesse der Arbeiterklasse dienen kann, wenn wirtschaftsfriedliche Verbände den wirklichen Kampf für die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen verschleiern, ebensowenig dient es der geschlossenen Kampfkraft der Arbeiterklasse gegenüber der Arbeitgeberklasse, wenn politische Parteien die Belegschaften unter dem Vorwand der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in zersplitterte politische Kämpfe hineinziehen, deren Ergebnis denn auch niemals eine Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern fast immer allein die Maßregelung eines Teils der Belegschaftsangehörigen und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ist. Es soll mit diesen Ausführungen keineswegs kritisch Stellung gegen irgendwelche politische Parteien genommen werden. Diesem Zweck sollen unsere Erörterungen nicht dienen. Zurückgewiesen werden muß dagegen sehr entschieden die Einmischung jeder politischen Partei in die gewerkschaftlichen Aufgaben. Die politischen Parteien sind abhängig von der politischen Entwicklung. Die politischen Parteien beteiligen sich entweder an der Regierung oder sie stehen zu der Regierung in Opposition oder sie stehen wie gegenwärtig zueinander in heftigsten Kämpfen, ohne fähig zu sein, eine Regierung zu bilden. Würde die Gewerkschaftsarbeit in diese parteipolitischen Kämpfe hineingezogen werden, dann wäre sie stets erfolglos. Die Arbeiter würden dann zu ihrem Schrecken erkennen müssen, welche Schäden eine solche Entwicklung ihnen bringen würde. Daher können weder NSBO. oder RGO. noch sonstige parteipolitische Gebilde, die sich als Gewerkschaften betätigen, als solche anerkannt werden. NSBO. und RGO. sind weiter nichts als Teile politischer Parteien, sie sind keine Gewerkschaften. Für die RGO. erkennt dies das Reichsarbeitsgericht ja auch in ständiger Rechtsprechung an. (Entscheidungen RAG. RB. 3/30, RAG. 508/29, RAG. RB. 83/31, RAG. RB. 19/32, RAG. RB. 60/32, RAG. RB. 61/32.) Die RGO. ist hiernach deshalb nicht tariffähig, weil sie sich nicht die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern den revolutionären politischen Kampf zur Aufgabe gestellt hat. Das gleiche gilt aber auch für die NSBO., worüber Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts noch nicht vorliegen.

Allen diesen Schwierigkeiten stehen die Gewerkschaftsmitglieder und ihre Gewerkschaften gegenüber. Wir haben eine autoritäre Reichsregierung, die nur rechts gerichtet und damit zwangsläufig den Gewerkschaften nicht günstig ist. Die Arbeitsunfähigkeit des Reichsparlaments wurde gerade von den Parteien hervorgerufen, die durch ihre NSBO. und RGO. vortäuschen wollen, daß sie die bessere Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erstreben. Daneben tummeln sich dann noch die wirtschaftsfriedlichen Verbände. Die Gewerkschaftsmitglieder und ihre Gewerkschaften stehen vor einer gewaltigen Aufklärungsarbeit, bei der daher jede Romantik und jede Sentimentalität ausscheiden muß. Es handelt sich bei den gegenwärtigen Auseinandersetzungen um nicht mehr und nicht weniger als das selbständige Mitbestimmungsrecht der Arbeiterklasse bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, des Arbeitsrechts und der Sozialversicherung. Nachdem die politische Macht der Arbeiterklasse gegenwärtig vollkommen ausgeschaltet ist, gilt es für die Gewerkschaftsmitglieder und die Gewerkschaften die fast übermenschliche Anstrengung zu machen, wenigstens die wirtschaftliche Einheit und Geschlossenheit zu bewahren. Nur wenn dies gelingt, werden wir aus den Schwierigkeiten wieder herauskommen. **Jedes Gewerkschaftsmitglied muß mehr denn je gegenwärtig ein überzeugter Kämpfer für seine Gewerkschaft sein. Anders ist ein Ausweg aus der Krise nicht möglich.**

Der Mensch der schwächste Faktor in der Wirtschaft

In der „Frankfurter Zeitung" vom 5. Februar befaßt sich Artur Feiler mit der Sozialpolitik in der Krise. Dabei hebt er treffend hervor, daß im Zeitalter der hohen fixen Kosten die Krise letzten Endes sich am schärfsten auf den variablen Kostenfaktor des Produktionsprozesses, den Menschen, auswirkt:

„Humanisierung des Arbeitsverhältnisses war nach 1918 die Parole gewesen. Wichtige Fortschritte in der Richtung auf die Wirtschaftsdemokratie waren gemacht. Der Betriebsrat, die Vertretung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat der Aktiengesellschaften — dies und anderes hatte dem Gedanken Realität verschaffen sollen, daß das Unternehmen nicht nur eine Sache des Kapitals, sondern auch der in ihm tätigen Menschen sei, daß auch sie ein Recht im Betriebe und ein Anrecht auf ihn hätten. Schutz der Arbeitsstelle hieß eine der daraus abgeleiteten Forderungen. Und eine Kündigungsfrist von drei bis sechs Monaten für Angestellte mit einer Beschäftigungsdauer von fünf bis zwölf Jahren schien wirklich eine bescheidene Annäherung an dieses Postulat. Jetzt macht die Krise eines grausam deutlich, daß nämlich der Mensch am übelsten dran ist unter den Faktoren der Produktion. Denn der Mensch ist eben der variable Kostenfaktor gegenüber den konstanten Kostenfaktoren. Die Maschine kann nicht entlassen werden, die Zinsen und die Abschreibungen, auch sie laufen weiter, und Eigentumsvorbehalte, Sicherungsübereignungen, Vermietervorrechte und ähnliches sind vereinbart und drücken. Aber der Mensch kann aus dem Produktionsprozeß ausscheiden. Und je schneller das geschieht und je weniger Uebergangsschwierigkeiten und Kosten es macht, desto eher ist eine Anpassung der Kosten an den verringerten Ertrag der Unternehmung möglich . . "

Die Arbeitslosigkeit im Steinarbeiterverband Ende Januar 1933

Die Zählung umfaßt 599 Zahlstellen mit 35 782 Mitgliedern. 119 Zahlstellen mit 2772 Mitgliedern konnten nicht erfaßt werden, weil die betr. Ortsverwaltungen nicht oder nicht rechtzeitig berichtet hatten. Es wurden 30 145 Arbeitslose ermittelt, das sind 84,2 Prozent der von der Zählung erfaßten Mitglieder. Im Vormonat betrug die Arbeitslosigkeit 75,1 Prozent.

Nach den beiden Hauptberufsgruppen ergibt sich folgendes Bild:

Gruppe	Beteiligte Mitglieder	davon arbeitslos in Zahlen	davon arbeitslos v. H.	Im Vormon. v. H.
Steinarbeiter	25 962	21 057	81,1	71,7
Steinsetzer...	9 820	9 088	92,5	83,7

Auf die einzelnen Landesarbeitsamtsbezirke verteilt sich die Arbeitslosigkeit wie folgt:

Landesarbeitsamtsbezirk	Insgesamt Jan. v. H.	Insgesamt Vorm. v. H.	Steinarbeiter Jan. v. H.	Steinarbeiter Vorm. v. H.	Steinsetzer Jan. v. H.	Steinsetzer Vorm. v. H.
Pommern	95,5	87,8	86,0	75,0	98,5	89,9
Ostpreußen	95,2	87,4	79,2	82,5	99,2	88,6
Rheinland	92,3	86,1	91,8	86,5	97,8	82,6
Niedersachsen ...	91,9	77,2	88,1	70,1	95,4	84,4
Westfalen	87,0	77,1	85,4	85,1	88,1	70,6
Schlesien	86 9	69,3	85,2	64,2	93,9	86,7
Nordmark	86,8	69,3	81,3	69,3	90,2	69,3
Sachsen	83,0	72,0	81,7	71,3	92,9	79,0
Südwestdeutschland	82,4	79,1	81,8	78,8	96,2	88,5
Brandenburg ...	82 1	82,2	79,0	78,5	83,7	83,9
Mitteldeutschland	81,7	78 0	72,2	70,5	94,3	88,1
Bayern	80,9	79,1	80,0	78,2	95,3	93,6
Hessen	77,1	69,6	70,8	62,9	95,6	88,9
Reichsgebiet	84,2	75,1	81,1	71,7	92,5	83,7
1932	89,1	88,2	88,0	87,4	91,8	90,2
1931	76,6	71,5				
1930	58,4	58 3				
1929	58,7	45,3				
1928	20,5	32,0				

Vorwiegend infolge des eingetretenen Frostwetters ist die Arbeitslosenkurve wieder erheblich gestiegen. In der Steinsetzergruppe sogar noch über den Januarstand des vorigen Jahres, während sie in der Steinarbeitergruppe und wegen der zahlenmäßigen Stärke dieser Gruppe auch in der Gesamtziffer des Verbandes, hinter der Januar-Arbeitslosigkeit des Vorjahres zurückblieb. Die Differenz zwischen den Jahresfristen, die im November und Dezember vorigen Jahres so erfreulich groß war (siehe graphische Darstellung im „Steinarbeiter" Nr. 3 d. J.) hat sich wieder vermindert, und die jüngsten politischen Ereignisse (der Uebergang der Reichsgewalt auf Hitler, Papen, Hugenberg usw.) sind trotz der von Herrn Hitler angekündigten „Rettung des deutschen Arbeiters durch einen gewaltigen und umfassenden Angriff gegen die Arbeitslosigkeit" schwerlich geeignet, belebend auf die Wirtschaft einzuwirken, vielmehr ist zu befürchten, daß die vorbereitenden Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung erneut ins Stocken geraten sind, da der neuen Regierung, nach ihren ersten Handlungen zu urteilen, politisch-reaktionäre Maßnahmen dringlicher erscheinen, als wirtschaftsfördernde Maßnahmen. Hoffentlich stellt die Arbeiterschaft **der Regierung am 5. März hierfür die gebührende Quittung** aus.

E. W.

Kautschuk als Straßenpflaster

Im „Steinarbeiter" vom 13. August 1932 wurde auf die Absichten der Kautschukerzeuger hingewiesen, nach denen Kautschuk als Straßenbelag Verwendung finden sollte. Wie jetzt bekannt wird, hat man vor längerer Zeit tatsächlich in Singapur, der Hauptstadt der Halbinsel Malakka (Indischer Archipel), Kautschukversuchsstraßen angelegt. Die Erfahrungen sollen so gut ausgefallen sein, daß man einige Hauptverkehrsstrecken des Geschäftsviertels dieser Stadt nunmehr mit einer Kautschukdecke belegen will. Technisch gesehen geht die Kautschukverlegung so vor sich, daß das Straßenbett aufgerauht wird. Auf den Untergrund wird dann ein Bindemittel gestrichen und hierüber wird die flüssig gemachte Kautschukmasse gegossen. Die Höhe der Kautschukschicht beträgt etwa 15 bis 20 Millimeter. Da die Gummimasse nur sehr langsam trocknet, dauert es eine Reihe von Tagen, ehe die betreffenden Straßen dem Verkehr übergeben werden können. Sie sollen dann allerdings sehr haltbar sein.

Zweifellos stellten Kautschukstraßen ein Ideal dar. Sie garantierten nicht nur eine sehr ruhige Abwicklung des Verkehrs, sondern sind auch so gut wie staubfrei. Ob sie aber jemals einen wirklichen praktischen Wert erlangen können, muß immer wieder angezweifelt werden. Es ist verständlich, daß die malaiischen Gummiplantagenbesitzer alles daransetzen, um von ihren preisdrückenden Kautschukvorräten herunterzukommen. Wenn sich dank ihrer Unterstützung die Hauptstadt des bedeutendsten Kautschukgebietes der Erde dazu entschließt, einige kleine Stellen mit einem Kautschukbelag zu versehen, so bedeutet das aber noch lange nicht den Anfang einer Umwälzung im Straßenbau. der Kautschukpreis ist trotz seines außerordentlich niedrigen Niveaus von heute noch immer viel zu hoch, daß Kautschuk als Straßenbaumaterial Verwendung finden könnte. Hinzu kommt, daß selbst die heute so enormen Gummivorräte kaum dazu ausreichen, den Bau von Kautschukstraßen in wirklich nennenswertem Maße zu ermöglichen. Nach Angaben aus Singapur sollen für eine Straße von 12,20 Meter Breite und 1,6 Kilometer (eine englische Meile) Länge nur 100 Tonnen Kautschukmilch nötig sein. Diese Ziffer scheint sehr schön gefärbt zu sein, um die Kalkulationsgrundlagen günstiger erscheinen zu lassen, als sie sind. Aber selbst wenn sie stimmte, reichten die heutigen Rekordvorräte an Kautschuk noch nicht einmal für 9500 Kilometer Straßen der obengenannten Breite aus. Bei dieser Voraussetzung kann der Rohgummi niemals einen größeren praktischen Wert für den Straßenbau finden. Die Pläne der Kautschukerzeuger sind daher nichts als hohle Ideen, die lediglich aus dem Wunsche entsprungen sind, die preisdrückenden Vorräte zu beseitigen und damit wieder die Voraussetzungen zu einer neuen Preisdiktatur zu schaffen.

H.

Alu und Entschädigungen für Ehrenämter

Das Arbeitslosenversicherungsgesetz und die dazu erlassenen Vorschriften, Notverordnungen usw. enthalten mancherlei Bestimmungen, daß Unterstützung dann nicht gewährt wird, wenn der Arbeitslose seinen Unterhalt durch sonstige Einnahmen bestreiten kann. Weiter werden sonstige Einnahmen, die der Arbeitslose erzielt, ebenfalls nach den näheren Bestimmungen des Gesetzes auf die Unterstützung angerechnet. Darüber hinaus ist die Unterstützung neuerdings nach einer gewissen Zeitdauer grundsätzlich vom Vorliegen der Hilfsbedürftigkeit abhängig. Der Arbeitslose erhält also nur noch Unterstützung, wenn und soweit er hilfsbedürftig ist. Aus diesen Gründen ist für alle Versicherten die Frage heute mehr wie je außerordentlich wichtig, welche Einnahmen auf die Alu angerechnet werden.

So ist die Frage ziemlich ungeklärt, ob Einnahmen, die der Arbeitslose aus Ehrenämtern hat, angerechnet werden können. Es gibt hier eine ganze Reihe Aemter, für die eine geringe Entschädigung gewährt wird. So ist es möglich, daß Verbände oder ähnliche Vereinigungen für die Teilnahme an Sitzungen, Revisionen usw., eine Entschädigung zahlen. Auch in öffentlichen Aemtern, sei es als Stadverordnete, Gemeinderatsmitglieder, Mitglieder irgendwelcher Ausschüsse, Vertreter in den Organen der Sozialversicherungsträger usw. befindet sich eine erhebliche Anzahl von Arbeitnehmern. Wenn es sich hierbei auch fast ausnahmslos um sogenannte Ehrenämter handelt, für die eine Entlohnung oder Vergütung nicht gewährt wird, so erhält der Arbeitnehmer doch meist eine geringfügige Entschädigung. Ihrem Zweck entsprechend soll diese Entschädigung als Ersatz für die besonderen Aufwendungen gelten, die der Arbeiter durch die Ausübung des Ehrenamtes hat. Derartige besondere Aufwendungen können mancherlei Art sein. Der Arbeiter kann beispielsweise besonderen Aufwand in Kleidung usw. haben. Auch die wirklichen und tatsächlichen Aufwendungen, die entstehen (Fahrgelder, Zechen usw.) werden fast immer ersetzt. Die oben aufgeworfene Frage, ob derartige Entschädigungen auf die Alu angerechnet werden können, ist nicht so leicht zu beantworten. Auf keinen Fall ist eine Anrechnung dann möglich, wenn es sich bei diesen Entschädigungen um eine Rückerstattung wirklicher barer Auslagen handelt, die der Arbeitnehmer gehabt hat. Zweifelhaft kann die Frage sein bei besonderen Entschädigungen, die nebenher oder außerdem gewährt werden. Hier sollen jedoch die Arbeitsämter ebenfalls nicht kleinlich sein. So hat das Reichsversicherungsamt unterm 20. Mai 1932 folgende Entscheidung gefällt: „Die Aufwandsentschädigungen und Tagegelder, die ein Reichstagsabgeordneter in dieser Eigenschaft erhält, sind nicht auf die Alu anzurechnen." Hier ist also die Frage in einem für die Versicherten günstigen Sinne entschieden. Zwar handelt es sich in der Entscheidung um die Aufwandsentschädigung eines Reichstagsabgeordneten, bleibt jedoch schon diese verhältnismäßig hohe Entschädigung anrechnungsfrei, so müssen es die viel geringeren Entschädigungen für andere Ehrenämter im öffentlichen Leben erst recht sein.

Kl—s.

Aus den Zahlstellen

Schwarzenbach a. S. Lohnkonflikt im Granitwerk Künzel u. Schedler. Auf Grund der Papen-Notverordnung vom 5. September 1932 stellte die Firma seinerzeit beim Landesschlichter in Nürnberg den Antrag, den Tariflohn um 17 Prozent zu senken. Der daraufhin gefällte Schiedsspruch brachte der Belegschaft als Weihnachtsgeschenk einen 12prozentigen Lohnabbau. Dieser Lohnabbau wurde aber durch die Aufhebung der betreffenden Notverordnung am 31. Dezember 1932 hinfällig. Auf einen erneuten Antrag der Firma wurde die Frist bis zum 31. Januar 1933 verlängert. In den ersten Tagen des Januar suchte die Firma bereits mit der Belegschaft in Verbindung zu treten und diese zu bestimmen, zu dem um 12 Prozent gesenkten Lohn auch über den 31. Januar hinaus zu arbeiten. Dieses Ansinnen wurde jedoch mit großer Mehrheit von der Belegschaft abgelehnt. Nun stellte die Firma bei der Kreisregierung von Oberfranken einen Antrag auf Teilstillegung. Wie die Firma vorgibt, wurde ihrem Antrag stattgegeben. Es sollten dadurch 40 Arbeiter und ein Angestellter entlassen werden. Da nun die Firma in ihrem Bestreben, die Löhne niedrig zu halten, bei den behördlichen Instanzen eine direkte Unterstützung nicht erhalten hat, versucht sie mit diktatorischen Mitteln die Arbeiter klein zu bekommen. Am 27. Januar 1933 erhielt jeder Arbeiter folgendes Schreiben:

„Dem von uns gestellten Antrag, den gesamten Betrieb Schwarzenbach stillzulegen (infolge Scheiterns der Lohnverhandlungen mit dem Betriebsrat) wurde von der Regierung von Oberfranken stattgegeben. Demnach kann die Stillegung ab 9. Februar 1933 in Kraft treten. Wir glauben aber, daß Sie kein Interesse daran haben, Ihre Stelle und Ihren Verdienst zu verlieren, sondern daß Sie einsehen, daß es uns nicht möglich ist, höhere Löhne als die der Konkurrenz zu zahlen. Deshalb werden wir Sie ab 1. Februar 1933 weiterhin wie bisher beschäftigen, wenn Sie sich schriftlich durch Unterschreiben eines Zettels beim nächsten Zahltag bereit erklären, zum seitherigen Lohn weiterzuarbeiten. Sollten Sie jedoch Ihren Tariflohn beanspruchen, so wollen Sie dieses Schreiben als Kündigung betrachten und im Büro Ihre Papiere in Empfang nehmen. Die Entlassung erfolgt dann am 9. Februar 1933. Die Entlassungsbescheinigung wird in diesem Falle den Vermerk „Arbeitsverweigerung" tragen."

In diesem Schreiben ist besonders die Drohung hervorstechend, daß die Entlassungsbescheinigung den Vermerk „Arbeitsverweigerung" tragen wird. Wie in diesem Schreiben angekündigt, folgte dann am 3. Februar 1933 der Zettel zur Leistung der Unterschrift. Er lautet:

„Unter Bezugnahme auf die von der Firma Granitwerke Künzel u. Schedler, G. m. b. H., Schwarzenbach a. d. Saale, am 31. Januar 1933 getroffene Bestimmung, zu dem vom Landesschlichter in Nürnberg festgesetzten Lohnsatz weiterzuarbeiten, erkläre ich ohne jeden Vorbehalt, daß ich keinerlei tarifliche oder sonstige Ansprüche mehr aus meinem Arbeitsverhältnis gegen meine Arbeitgeberin besitze. Diese Erklärung betrachte ich als verbindlich für mich für die Dauer des bis zum 30. Juni 1933 laufenden Lohntarifvertrages.

Unterschrift .....

Schwarzenbach (Saale), am 3. Februar 1933.

Daß dieses Ansinnen abgelehnt wurde, versteht sich von einem organisierten Arbeiter von selbst. Darauf erfolgte am 9. Februar 1933 die Entlassung der gesamten Belegschaft. In letzter Stunde unternahm die Betriebsvertretung noch einen Versuch, Verhandlungen herbeizuführen, die aber von der Leitung des Betriebes abgelehnt wurden. Die Firma versucht nun, von auswärts durch die Vermittlung der Arbeitsämter Arbeitskräfte anzuwerben. Kollegen, übt Solidarität!

Wurzen. Am 15. 1. fand im Gewerkschaftsheim Wurzen unsere Generalversammlung statt, die erfreulicherweise den Verhältnissen entsprechend gut besucht war. Der Vorsitzende Koll. Strunz begrüßt die Erschienenen. Vor Eintritt in die Tagesordnung werden die verstorbenen Kollegen Oswald Hänsel und Ernst Hofmann in der üblichen Weise geehrt. Das Protokoll von der letzten Vorstandssitzung wird anerkannt. Die Quartals- und Jahresabrechnung erstattete der Kassierer. Trotz der großen Erwerbslosigkeit ist unser Mitgliederbestand geblieben. Auf Antrag erfolgte die Entlastung des Kassierers. Den Jahresbericht erstattete Vorsitzender Strunz. Das Jahr 1932 hinterläßt keine guten Erinnerungen. Um nicht entlassen zu werden, mußte manches in Kauf genommen werden. Am meisten betroffen wurden die Facharbeiter. Das Zustandekommen eines gesetzlichen Betriebsrates wurde durch die Erwerbslosigkeit sehr erschwert. Die schlechten Lohnverhältnisse namentlich der Brucharbeiter und die Taktik der Unternehmer zwangen uns, im November in Streik zu treten, der nach achttägiger Dauer mit Teilerfolg und ohne Maßregelung zum Abschluß kam. Am 12. Dezember kam es zur gänzlichen Betriebsstillegung. Bei nunmehr folgenden Neuwahlen wurde Koll. Strunz mit großer Mehrheit wieder zum 1. Vorsitzenden, Koll. Herbert Döbler zum Stellvertreter gewählt. Der weitere Vorstand wurde, da keine Gegenvorschläge vorlagen, in seiner bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt. Dann wurde zur Kenntnis gegeben, daß der Bezirkslohn- und der Rahmentarif trotz zweimaliger Verhandlung noch nicht zum Abschluß gekommen ist. Beschlossen wurde, ab 15. Januar 1933 die Erwerbslosenmarke nur noch zum vollen Betrag an Erwerbslose und Krisenunterstützungsempfänger abzugeben. Im Schlußwort ermahnte Koll. Strunz, dem Verbande jederzeit die Treue zu halten, jeder soll werben und agitieren, um immer gerüstet zu sein. Hoffentlich bringe das Jahr 1933 unserem schwer daniederliegenden Beruf mehr Arbeit.

Stettin II. Am 15. Januar fand unsere gut besuchte Jahreshauptversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht, 2. Kassenbericht, 3. Neuwahlen, 4. Verbandsangelegenheiten, 5, Verschiedenes. Nach der Protokollverlesung, dessen Form und Fassung anerkannt wurden, gab anschließend der 1. Vorsitzende, Kollege Hübner, den Geschäftsbericht. Leider wurde abermals eine allgemeine Lohnsenkung vorgenommen, die nicht verhindert werden konnte. Der erste Vorsitzende dankte sämtlichen Funktionären für die tatkräftige Mitarbeit. Der Kassenbericht des Kassierers wurde von den Revisoren bestätigt und dem Kassierer Entlastung erteilt. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde als zweiter Vorsitzender der Kollege Willi Sommer, der bisher als zweiter Schriftführer tätig war, gewählt. An dessen Stelle wurde der Kollege Egon Quade gewählt, Die übrigen Vorstandsmitglieder wurden wieder bestätigt. Die Lohnkommission blieb ebenfalls stehen. Schließlich gab Kollege Hübner einen Bericht über den abgelaufenen Tarifvertrag. Der Neuabschluß müsse einige Verbesserung im Tarif bringen. Hierzu wurden von der Lohnkommission Vorschläge bekanntgegeben, denen die Versammlung zustimmte. Die Notstandsarbeiten aus dem alten und neuen Arbeitsbeschaffungsprogramm wurden eingehend besprochen. Nachdem unter „Verschiedenes" einige örtliche Angelegenheiten besprochen und geregelt, wurde die Versammlung um 1.30 Uhr geschlossen.

Notwerk der Jugend

Es ist ein Notwerk, wie soviele,
Die man in letzten Jahren schuf.
Ein Mittagessen und Geländespiele
Und einen Bildungskurs für den Beruf.

An sich läßt sich dagegen wenig sagen.
Im Gegenteil, wir sind bereit.
Doch Herr Minister, darf ich einmal fragen:
„Was dann nach dieser Bildungszeit?"

Dann kommen wieder viele leere Jahre,
Wo unsere Jugend wartend steht.
Vielleicht geschieht einmal das Wunderbare,
Daß einer davon „ab in Arbeit" geht.

Christian Galgenstrick.

Zur Verteidigung der Rundfunkdemokratie

Da redet man nun immer wieder davon, die neue Regierung habe noch gar nichts zustande gebracht, und merkwürdigerweise, sogar die Nazileute, soweit sie nicht gerade auf der Straße sind, um sich im Scharfschießen zu üben, sind unzufrieden mit dem, was in den letzten Wochen geschehen oder vielmehr nicht geschehen ist.

Vor allem wird darüber gemeckert, daß die Einzelheiten des doppelten Vierjahresplanes noch nicht bekanntgegeben worden sind. Aber da trifft Hitler nicht die geringste Schuld. Die Sache liegt nämlich so, daß auch in den Ländern, die früher mal zum Feindbund gehört haben, große Arbeitslosigkeit herrscht. Es steht nun zu befürchten, daß man gerade in diesen Ländern, in denen es keine Parteien gibt, die durch das Anwachsen der Arbeitslosigkeit selbst zu wachsen hoffen, an der Beseitigung der Arbeitslosigkeit besonders interessiert ist. Wie leicht könnte es nun sein, daß sie den deutschen Vierjahresplan einfach übernehmen und vielleicht sogar einen Zweijahresplan daraus machen. Da es aber nicht der Zweck einer nationalen Regierung sein kann, in einer so offenkundigen Weise den Interessen eines ehemals feindlichen Auslandes Vorschub zu leisten, hat das Kabinett der nationalen Erhebung angeordnet, daß die Einzelheiten des Vierjahresplanes streng geheim gehalten werden müssen. Selbst die Kabinettsmitglieder dürfen nicht darüber reden. Solche Redakteure und Politiker jedoch, die von sich aus Vorschläge machen, die geeignet sein könnten, die Arbeitslosigkeit zu vermindern, müssen gewärtig sein, bei Veröffentlichung ihrer Gedanken, wegen Landesverrat bestraft zu werden.

Muß so die Veröffentlichung des Vierjahresplans aus nationalpolitischen Gründen unterbleiben, so soll doch die Einführung einer neuen politischen Einrichtung nicht länger aufgeschoben werden. Ausgehend von der Erkenntnis, daß bei dem Wahlsystem, nach dem Deutschland in den vergangenen Jahren gewählt hat, niemals verhindert werden kann, daß die Vernunft sich durchsetzt, hat sich die derzeitige Regierung entschlossen, die sogenannte Rundfunkdemokratie einzuführen. Dieses System sieht vor, daß jeder Wahlberechtigte, also auch die, die den Rundfunk längst abbestellt haben, von Staats wegen einen Lautsprecher gestellt bekommt. Jeder Lautsprecher wird mit einem Klingelsystem verbunden, das jedoch nur betätigt werden kann, wenn der Lautsprecher mindestens acht Tage lang nicht abgestellt worden ist. Bei künftigen Wahlen haben nur noch diejenigen Wahlberechtigten Wahlrecht, die alle Reden der Regierungsvertreter abgehört haben. Die Wahl geschieht durch Betätigung des Klingelsignals. Es braucht also niemand, um seiner Wahlpflicht zu genügen, aufzustehen. Bei einiger Uebung wird man die richtige Klingel vom Bett aus bedienen können, und kann also, soweit der Lärm des Lautsprechers das erlaubt, ruhig weiterschlafen. Sollte sich ergeben, daß trotz der Mobilisierung der Schlafmützen keine Mehrheit für die jeweilige Regierung herauszuzählen ist, wird die Wahl wiederholt. Und zwar kann die Wahl bis zu sechsmal an einem Tage wiederholt werden, wobei die aufkommenden Jastimmen addiert werden. Die Neinstimmen werden jedoch nur einmal gezählt. Man hofft, bei Anwendung dieses Systems endlich die Mehrheit zu bekommen, die man braucht, um wenigstens im Ausland den Schein zu wahren, daß Deutschland streng nach der Verfassung regiert wird.

Der einzige Einwand, der gemacht werden könnte, wäre, daß die Rundfunktechnik noch nicht genug entwickelt ist, um eine fehlerhafte Durchführung dieses Wahlsystems zu gewährleisten. Zur Beruhigung jedoch kann mitgeteilt werden, daß gerade die Rundfunktechnik in den letzten Wochen bemerkenswerte Fortschritte gemacht hat. Republikanische Rundfunkhörer werden sich vielleicht noch entsinnen, wie häufig gerade dann, wenn linksgerichtete Autoren vor dem Mikrophon standen, Sendestörungen den Empfang hinderten. Die Rundfunkleitungen waren vollständig machtlos gegen diese Störungen. Das hat sich jedoch, seit Hitler Regierungschef ist, wesentlich gebessert. Außer daß sich in den Sendehäusern einige Balken gebogen haben, haben sich im Betriebe des Rundfunks keine Mängel mehr gezeigt. Sendestörungen bei politischen Uebertragungen gibt's überhaupt nicht mehr. Nur Denkstörungen sollen vorgekommen sein, aber für die sind die Rundfunktechniker nicht verantwortlich.

Gil Blas.

Die RGO ist volksfremd

Die RGO bezieht ihre Anweisungen bekanntlich von Rußland. So wie alle Kommunistischen Parteien der Welt von Rußland geleitet werden. Sowjet-Rußland bildet sich ein, das geistige Zentrum der großen sozialen Revolution zu sein, in der wir uns befinden.

Andere Völker wieder nennen Deutschland das Land des Geistes, das Land der Dichter und Denker. Vorurteilsfrei erkennt man diese geistige Eigenart des deutschen Volkes an. Viele Kulturen der Erde wurden vom deutschen geistigen Leben befruchtet. Etwa Rußland nicht?

Im Gegenteil, wohl kein Land der Erde hatte die deutsche Kultur geradezu so nötig, wie Rußland. Schon das Germanentum wirkte sich auf das alte russische Volk aus. Schwedische Wikinger gründeten um das Jahr 900 den russischen Staat. So waren auch die Namen der ersten Fürsten Rußlands germanisch.

Dann zog aber auch deutsches handwerkliches Können in Rußland ein. Deutsche Wissenschaft fand dort Aufnahme. Die Zahl der deutschen Handwerker und der geistigen Berufe, wie der Aerzte, war im 16. Jahrhundert in Moskau so groß, daß gar eine eigene Stadt vor Moskau für die Deutschen gegründet wurde. Wohl weil die russischen Wohn- und Lebensverhältnisse dem Kulturniveau der Deutschen nicht entsprachen.

Auch Peter, der Große genannt, war nur groß durch Deutsche. Die meisten Mitarbeiter an seinem Reformwerk stammten aus Deutschland. Auch der erste russische Staatsmann von Ruf war Deutscher. Er hieß Ostermann. Auch der erste und bedeutendste russische Heerführer war ein Deutscher. Und das war in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts.

Aber als dann im weiteren Verlauf des 18. Jahrhunderts sich in Rußland geistiges Leben stark regte, da war auch das durch den deutschen Einfluß hervorgerufen. Selbst organisatorisch kam man im Kulturleben Rußlands nicht ohne die Deutschen aus. Der deutsche Philosoph Leibniz wurde bei der Gründung der Akademie der Wissenschaften in Petersburg zu ihrer Organisierung hinzugezogen und die Mitglieder der Akademie waren fast nur Deutsche.

Im nächsten, dem 19. Jahrhundert, wirkten dann wieder Deutsche, die bekannten Philosophen jener Zeit, auf Rußlands Geistesleben ein. Von deutschem Geist wurde der russische befruchtet. Und zu diesen geistigen Menschen, die auf Rußland

Rundschau

Die Knebelung der Gewerkschaftspresse. Die von der neuen Regierung getroffenen Einschränkungen der Pressefreiheit haben auch bereits in der Gewerkschaftspresse Opfer gefordert. „Der Proletarier", das Blatt des Deutschen Fabrikarbeiterverbandes, wurde am 9. Februar beschlagnahmt. Am 14. Februar ist die „Gewerkschaft", die Zeitung des Gesamtverbandes, bis einschließlich den 26. März verboten worden. Wenn eine Organisation von der Größe des Gesamtverbandes auf die Dauer von sechs Wochen durch die Zeitung nicht mit ihren Mitgliedern zu verkehren vermag, erwächst ihr ein unermeßlicher Schaden. Das Verbot in dieser Zeit ist besonders schmerzlich, weil der Organisation die Möglichkeit genommen ist, auf die Mitglieder einzuwirken. Der Gesamtverband ist besonders an den Gemeindewahlen interessiert. Das Zeitungsverbot verhindert den Vorstand, irgendwie die Mitglieder orientieren zu können. Die Unterdrückung der „Gewerkschaft" kann sich aber auch gefährlich auswirken angesichts der Stellung, die der Gesamtverband im Wirtschaftsleben einnimmt. Doch auf alle diese Dinge haben die gegenwärtigen Machthaber geglaubt, keine Rücksicht nehmen zu müssen. Selbst in der Vorkriegszeit war ein Vorgehen gegen die Gewerkschaftspresse höchst selten. Erst die neue politische Richtung in Deutschland schlägt neue Wege ein, die hierzulande bisher unbekannt waren und nur in Ländern allerschwärzester Reaktion beschritten werden. Macht dieses Beispiel Schule, dann ist es mit der Freiheit der Gewerkschaftspresse dahin. Desto eifriger müssen die Gewerkschaftsmitglieder bemüht sein, am 5. März ein Wahlergebnis zu erzielen, durch das die Stellung der Gewerkschaften in Staat und Wirtschaft gesichert wird.

Neue Zollmaßnahmen. Die Regierung hat eine zweite zollpolitische Maßnahme zum Schutze der Landwirtschaft ergriffen. Sie hat einzelne Bindungen im deutsch-französischen Handelsvertrag zum 1. März gekündigt. Betroffen werden hiervon Hülsenfrüchte, Küchengewächse, Beerenobst, Karpfen, Schleie, Tafelkäse, gewisse Oele, Margarine, Baumwollwaren usw. Der Grund dieser neuen Zollmaßnahmen ist, die Tarifsätze zu erhöhen, mithin die genannten Produkte zu verteuern. Dies alles geschieht zum Schutze der Landwirtschaft und einiger Teile der Industrie. Wie die Verbraucher dabei fahren, darüber scheint man sich keine Kopfschmerzen zu machen.

Andere Zeiten, andere Töne! In Berlin ist einer der bekanntesten Bankfürsten, Karl Fürstenberg, gestorben. Die gesamte kapitalistische Presse widmet ihm lange Nachrufe; denn er gehörte zu den erfolgreichsten Männern seines Fachs. Wie stellten sich nun die nationalsozialistischen Zeitungen zu diesem Todesfall? In früheren Zeiten hätten sie dem toten Börsenfürsten wohl noch einen Fluch ins Grab gerufen. Jetzt sind sie aber zu Regierungsorganen geworden, und so erfahren wir beispielsweise aus dem Berliner „Angriff", daß Fürstenberg nachts um 11.30 Uhr an den Folgen einer Lungenentzündung gestorben ist, daß er jüdischer Abkunft war und während der Inflation eine besonders große Rolle spielte. Punktum. Warum wird aus Anlaß dieses Todesfalles nicht von neuem der Ruf nach Enteignung der Bank- und Börsenfürsten erhoben? Das würden die mit den Nazis verbündeten Deutschnationalen, die Schwerindustriellen und Großgrundbesitzer nicht zulassen.

Sechs Milliarden Kaufkraftverlust. Im Jahre 1932 betrug der Umsatz des deutschen Einzelhandels 22 Milliarden Mark. Gegenüber dem Vorjahr ist ein Rückgang um 6 Milliarden oder um rund 20 v. H. zu verzeichnen. Infolge der Verringerung der Löhne und Gehälter und der Verminderung der Unterstützungen mußte das deutsche Volk seinen Bedarf um die Riesensumme einschränken. Welche belebende Wirkung hätte es auf die Gesamtwirtschaft ausgeübt, wenn die 6 Milliarden Kaufkraft im Blutkreis der Volkswirtschaft zirkuliert und die Wirtschaft angeregt hätten. Ein großer Teil der beschäftigungslosen Arbeiter und Angestellten hätten ihre Arbeitsstelle behalten. Eine verfehlte Wirtschaftspolitik zwingt zu Einschränkungen und verdammt dadurch fleißige Arbeiter zur Beschäftigungslosigkeit.

---

wirkten, gehörte um die Mitte des vorigen Jahrhunderts und später auch Karl Marx.

Aber ist Marx, in diesem Zusammenhange betrachtet, in Rußland nicht ein Glied der großen Kette, die das deutsche Geistesleben für Rußland bedeutet hat? Kann man nach solcher Kulturgeschichte Rußlands etwa behaupten, daß nun gerade Rußland den deutschen Denker Marx besonders versteht? Wird es nicht auch bei Marx so sein, wie bei all den geistigen Köpfen, die auf Rußland wirkten, daß man sie dort nur übernahm und daß sie in ihrer Echtheit und Ursprünglichkeit jedenfalls am besten und tiefsten in dem Lande verstanden wurden, aus dem sie stammten?

Gewiß hat der Marxismus internationale Bedeutung und Geltung. Aber ob gerade Rußland als ein übernehmendes Land die schöpferische Größe und die originale Eigenart dieses deutschen Denkers ganz versteht? Ob nicht, wenn Marx im Osten und Westen verschiedene Arten seiner Vertreter hat, dann die ihn am besten verstehen und nacherleben, die in dem Volke wurden, dessen Kind auch er war?

Der Geist der RGO, der aus Rußland kommt, wurzelt weder in unserem Volkstum, noch in der Gedankenwelt eines Marx. Der Geist der RGO hat asiatisch-absolutistische Färbung. Er ist auf die Brutalität eingestellt, während Marx ein Kind des deutschen Idealismus war, der ihm auch der Sinn seines ökonomischen Denkens gewesen ist.

Darum ist es zugleich ein Stückwerk an der idealistischen Reinheit des proletarischen Gedankens, wenn die Arbeiterschaft bei den Betriebsrätewahlen dieses Jahres die RGO entschieden ablehnt und so zum Hüter des Marxismus wird, dessen ethisch-ökonomische Großartigkeit dann von uns aus eines Tages auch verjüngt eindringt nach Rußland. Wenn man schon von einem geistigen Zentrum der internationalen Arbeiterbewegung reden soll, dann kann das nicht Rußland sein, sondern nur Deutschland.

Dr. G. H.

Adressenänderungen

1. Gau: **Gumbinnen.** Vors. und Kass.: Fritz Becher, Bussastraße 24. — **Königsberg.** Vors.: Otto Ruck, Tragheimer Kirchenstraße 57, Ht. — **Landsberg** (Warthe). Vors.: Erich Opitz, Zimmerstr. 4, II, Kass.: Paul Kurzweg, Ankerstr. 20. — Bezirksleiter für **Frankfurt** (Oder): Paul Kurzweg, Landsberg (Warthe), Ankerstr. 20; Bezirkskassierer: Gustav Knobel, Küstrin (N.), Plantagenstr. 60.
2. Gau: **Hirschberg** (Schles.). Vors.: Paul Olsowsky, Sand 15, part. — **Wüstegiersdorf.** Vors. und Kass.: Alfons Opitz, Ober-Wüstegiersdorf Nr. 61.
4. Gau: **Lebusa.** Kass.: Willi Jahn.
9. Gau: **Tiefenbach.** Vors. und Kass.: Karl Kortz. — Zahlstelle **Lauter** heißt jetzt **Queckborn,** Post Grünberg (Hessen).

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen, Bezirken u. Gauen

Versammlungen:

Jedes Verbandsmitglied ist verpflichtet, die Zahlstellenversammlungen pünktlich und regelmäßig zu besuchen. Mehr denn je erfordert die gegenwärtige Lage in Deutschland den organisatorischen Zusammenhalt der Kollegen. Darum immer zur Stelle in jeder Zusammenkunft!

*

Sonnabend, 25. Februar.

In **Steglitz-Schöneberg** um 19.30 bei Martin in Steglitz, Fichtestraße 4.

*

Schwarzenbach a. S. Im Granitwerk Künzel & Schedler haben die beschäftigten Steinarbeiter abgelehnt, sich der neuen willkürlichen Lohnkürzung zu fügen. Der Betrieb ist zu meiden.

Leipzig. Die Straßenbau-Unternehmer Friedrich Karl Schaaf, Edwin Berger, Johann Moser und August Walde haben willkürlich den Lohn von 1,10 Mark auf 0,90 Mark herabgesetzt. Kein Kollege darf dort arbeiten.

*

An die Zahlstellenvorstände. Die kurzen Versammlungsanzeigen im „Steinarbeiter" haben sich bewährt, ja, aber sie dürfen nicht mit besonderem Beiwerk, wie Tagesordnung, Referent und Appell zum Besuch beladen werden. Wer von den Zahlstellenvorständen solches will, muß schon eine besondere Anzeige im Inseratenteil aufgeben, die natürlich berechnet wird. Um das letztere im Interesse der Lokalkassen zu vermeiden, wurde von der Redaktion der Versammlungskalender eingerichtet mit Datum-, Orts-, Zeit- und Lokalangabe; das genügt vollkommen. Zusätze darüber hinaus werden nicht aufgenommen!

*

Verlorene Mitgliedsausweise. In Luckenwalde das Verbandsbuch Nr. 3666 für Herbert Riendorf, Steinsetzer.

Briefkasten

W. Th. 1. Die Steuer kann nicht zurückverlangt werden, denn sie wird berechnet und erhoben nach dem Einkommen des vorhergehenden Jahres. In Deinem Falle 1931. 2. Wenn Dir bereits im Jahre 1931 aus wirtschaftlichen Gründen die Leistung erlassen wurde, kannst Du nicht jetzt die betreffenden Zahlungen leisten, da eine Besserung nicht eingetreten ist. Stelle umgehend entsprechenden Antrag auf Erlaß der Steuer und Umlagen und begründe ihn wie vordem mit der tatsächlichen wirtschaftlichen Unmöglichkeit. Wenn Du Dich nicht rührst, erfolgt Pfändung.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes

Die Abrechnung vom 4. Quartal 1932 steht noch aus (bis zum 21. Februar 1933) von folgenden Zahlstellen:

1. Gau: Heiligenbeil, Schivelbein, Stargard (Pomm.), Tilsit.
2. Gau: Crossen, Dobrilugk, Hindenburg.
3. Gau: Klipphausen, Lauter.
4. Gau: Wegeleben.
5. Gau: Barmen, Hamm, Oberhausen, Waldbröhl.
6. Gau: Albersweiler, Eberbach, Herschweiler, Hornberg, Raumünzach, Schwarzerden.
7. Gau: Brand, Kronach, Neuhaus, Selbitz, Steinwiesen.
8. Gau: Bischofsheim, Gleichamberg.
9. Gau: Beilstein, Berzhahn, Birlenbach, Bach, Wächtersbach.
10. Gau: Steina.
11. Gau: Delmenhorst, Eckernförde, Eutin, Horstmar, Leer, Oldenburg (Holst.), Rendsburg, Uelzen, Vegesack.

Verbandstreue

Im Monat Januar 1933 konnten in nachstehenden Zahlstellen die genannten Kollegen auf eine mindestens 25jährige Verbandsmitgliedschaft zurückblicken.

Beucha: Ferdinand Döbler, Karl Dietel, Paul Hörig, Gustav Jakob, Richard Kern, Johann Loidolt, Friedrich Möser, Franz Novotny, Konrad Raithel, Georg Wallner.

Bielefeld: Heinrich Gehring.

Bremen: Klaus Bargmann.

Chemnitz: Paul Albrecht, Ernst Bär, Gustav Räbiger, Bruno Harlaß, Emil Weiße, Hugo Künzel.

Eltmannshausen: Peter Zimmermann, Karl Heymann.

Hemsbach-Heppenheim: Philipp Wohlfarth.

Holzen: Wilhelm Böker sen., Heinrich Coers sen., Heinrich Jakob, August Reese, Heinrich Grupe, Heinrich Wiemann.

Kirchenlamitz: Lorenz Kögler.

Köln: Johann Hilger, Johann Caspers.

Niederlamitz: Bernhard Popp.

Passau: Ludwig Reitberger, Ludwig Sommer, Fritz Lerchl, Vitus Färber, Max Dersch, Max Friedl, Xaver Machhörndl.

Pilgramsreuth: Hans Thumser.

Schwarzenbach: Georg Hüttel, Adam Kelz, Georg Grießhammer, Christian Schardt, Hans Schiller, Joseph Bauer, Simon Saar, Hans Bauer, Konrad Lottes, Fritz Prell, Hans Goldbach, Christoph Tröger, Andreas Möckel, Heinrich Schörner, Andreas Reppich, Christoph Meyer, August Puchta, Leonhard Gesell, Fritz Kofer, Bernhard Wendler, Hans Menzel, Karl Schubert, Ernst Lein, Georg Ittner, Johann Greim, Heinrich Schubert, Hans Puchta, Georg Lein, Nikol Popp, Wilhelm Goldbach, Martin Reithel.

Selb: Georg Grieshammer.

Zeil: Nikolaus Veit.

Zittau: Paul Kucharsovsky.

Den Verbandsjubilaren noch nachträglich die besten Wünsche zu ihrem gewerkschaftlichen Ehrentage.

Wer weiß das?

Die Nationalsozialisten, die sich die deutscheste aller Parteien nennen, haben das Hakenkreuz aus Indien, den Gruß aus Rom, den Vierjahresplan aus Moskau, den Führer aus Oesterreich bezogen.

*

„14 Jahre Marxismus haben Deutschland ruiniert", sagte die Regierung Hitler-von Papen-Hugenberg in ihrem Wahlaufruf. In diesen 14 Jahren war die Sozialdemokratie nur 5½ Jahre an der Regierung beteiligt, und auch dabei immer in der Minderheit. Unter 88 Reichsministern befanden sich in diesen 14 Jahren nur 15 Sozialdemokraten, dagegen 73 Nichtmarxisten. Herr v. Hindenburg war in diesen 14 Jahren 8 Jahre Reichspräsident.

*

Die Regierung Hitler hat 4 Jahre Zeit verlangt, um ihre Pläne durchzuführen. Die Regierung der Volksbeauftragten hat im November 1918 nur 3 Tage gebraucht, um folgendes zu verwirklichen: Volle politische Freiheit, gleiches Wahlrecht für alle Männer und Frauen über 20 Jahre, Beseitigung der Gesindeordnungen, Erwerbslosenunterstützung, Ausdehnung der Krankenversicherung, Bekämpfung der Wohnungsnot, Achtstundentag, Sicherung der Volksernährung trotz Blockade der bisherigen Kriegsgegner.

*

Von 769000 Zwergbauern hat bisher keiner etwas aus der Osthilfe erhalten. Von 529 000 Mittelbauern erhielt erst jeder 45. etwas. Von 13 000 Großgrundbesitzern erhielt jeder 17. eine beträchtliche Unterstützung. 9800 Großlandwirte sollen noch umgeschuldet werden. Was werden die Zwergbauern künftig erhalten?

*

„Reden können, das ist keine Schande. Es wird nur dann zum Verhängnis, wenn auf das Wort keine Tat folgt." Also sprach Herr Dr. Joseph Goebbels, der Reichspropagandaleiter der Nationalsozialistischen Partei. Das war allerdings am 1. September 1932, als Herr Adolf Hitler noch nicht zusammen mit den Herren v. Papen und Hugenberg in einer Regierung saß.

*

Der gleiche Herr Dr. Goebbels redete am 21. Oktober 1932 in einer Berliner Versammlung nach dem Bericht des „Angriffs": „Wenn den Rentnern die Renten genommen werden, wenn dem Arbeiter die Löhne gekürzt werden, wenn den Kriegsopfern ihre Unterstützungen geraubt werden, und wenn man die großen Konzerne stützt, dann sind die Deutschnationalen immer in nächster Nähe." Diese Feststellung ist drei Monate vor dem Bündnis zwischen Nationalsozialisten und Deutschnationalen erfolgt.

Einheitsfront?

Vergegenwärtigt man sich die Vorgänge in der deutschen Innenpolitik besonders seit dem 30. Januar 1933, dem Tage, an dem die neue Reichsregierung — Hitler, Hugenberg, Seldte, Papen — die Staatsführung übernahm und liest dann im Zentralblatt der KPD (Rote Fahne) und in ihren Ablegern die einzelnen Artikel zu dem politisch reaktionären Umschwung, dann wird einem zum wiederholtenmal bestätigt, warum und wieso diese reaktionäre Entwicklung in Deutschland sich überhaupt vollziehen konnte. Der ganze Inhalt des vorerwähnten Blattes samt seiner Ableger ist von vorn bis hinten ein unfruchtbares, hysterisches Gekeife. Man findet keine besonnene, von Vernunft diktierte Aufklärung oder Anleitung, wie nun den vollzogenen Tatsachen mit ihren Auswirkungen durchschlagend entgegengetreten werden kann und soll. Gewiß ist richtig, daß in den betreffenden Blättern von oben bis unten sehr viel von Einheitsfront, Einheitslisten, Einheitsabwehr und Generalstreik geschrieben wurde und noch wird, was alles mit den Anhängern der SPD, den Gewerkschaftsmitgliedern und den Angehörigen des Reichsbanners erstrebt werden soll. Doch im gleichen hysterischen Atemzuge wird gegen die Führung dieser Gruppen in altbekannter, lügenhafter Weise losgezogen, daß es einen Hund jammern könnte. Entweder ist das ganze Gekreisch heillose Angst vor den kommenden Dingen oder Irrsinn, verbündet mit Verbrechen, das sich in den Spalten erwähnter Blätter offenbart. Wir nehmen an, daß sich hier alle drei Vermutungen überschneiden. Wundern muß man sich nur immer wieder, daß Arbeiterleser sich täglich solche politisch und wirtschaftlich unverdauliche Kost, durchsetzt mit den erbärmlichsten Verleumdungen geachteter Führer der Arbeiterbewegung, vorsetzen lassen.

Es ist zweifellos schlimm genug, daß man in einer solchen Situation, wie die gegenwärtige, diese Feststellungen niederschreiben muß, aber andererseits haben wir durchaus keine Ursache, solchem wahrhaft irrsinnigen Treiben schweigend zuzusehen, zumal dauernd von jener Seite um die Gewerkschaftsmitglieder herumgeschwänzelt wird. Wenn die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands in ihrem Wollen und Können nur auf jene Seite angewiesen wäre, dann allerdings ginge es ohne jede Ueberlegung in Deutschland, zur Genugtuung der reaktionären Gewalten, drunter und drüber.

Nein! So wie die „Rote Fahne" und die ihr **Gleichgesinnten die Einheitsfront usw. ergeifern** möchten, gibt's in der deutschen Arbeiterbewegung keine, wird keine entstehen können, weil das einfach unmöglich ist. Denn persönlicher Haß, verlogene Niedertracht und gewissenlose Demagogie haben in einer Einheitsfront, die einen sehr starken Gegner abwehren und niederwerfen soll, keinen Raum. Dieser einfache und selbstverständliche Grundsatz muß schließlich jedem vernünftigen Menschen einleuchten, und Vernünftige wird es unter den Anhängern der KPD noch genug geben, trotz des ununterbrochenen, lügenhaften Haßfeldzuges in ihren Zeitungen. Die wütende Niedertracht gegen einzelne unserer sehr geschätzten Führer in Wirtschaft und Politik ist nur deshalb so maßlos und unbändig groß, weil diese, unsere Führer, samt ihrer Gefolgschaft, das vom Ausland vorgeschriebene revolutionäre Getue der KPD-Blätter längst durchschaut und beim richtigen Namen genannt haben.

Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Kollege Leipart, ist es besonders, den sich die journalistischen Amokläufer mit ihrer niederträchtigen Dreckschleuder aufs Korn genommen haben. Sie verwechseln die Zustände bei der KPD mit den in den Gewerkschaften und denken, wie es bei ihnen gelingt, auf dreckige Art Personen zu erledigen, so auch in den Gewerkschaften; denn anders ist das Vorgehen nicht zu erklären. Die albernsten und lächerlichsten Behauptungen werden aufgestellt, werden wiederholt trotz Richtigstellungen. Darin liegt das irrsinnige Verbrechen im Hinblick auf die gegenwärtige Situation und der tatsächlich notwendigen Einheitsfront der Arbeiterschaft.

Die Gegner freuen sich über den angeblichen unentwegten Marxismus der Spaltung, der aus der „Roten Fahne" und ihren Ablegern heraus geifert. Mit Marxismus hat das allerdings nichts zu tun; nach unserer Auffassung ist es nur ein hoffnungsloser Fall, der um so tragischer wirkt, weil die davon zunächst Betroffenen das Hoffnungslose nicht einsehen können oder wollen. **Die wirkliche, zusammengeschmiedete, große Einheitsfront aber wird dennoch kommen, denn sie wird diktiert von den Vorgängen in der deutschen Innenpolitik.** Die „Rote Fahne" aber und ihre Ableger mit dem verleumderischen Gegeifer gegen unsere Führer und ihre Handlungen werden dabei ganz entbehrlich sein, **nicht aber die von äußerst links immer berannten Gewerkschaften im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund.**

Anzeigen

Pflasterhämmer
aus bestem Schweisstahl,
Rammen, Brechstangen
und sämtl. Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb
Otto Teske, Berlin N 31
Brunnenstraße 82

Die Bezugsquelle
für alle Literatur des In- und Auslandes ist für jeden unserer Berufskollegen und seinen Angehörigen die **Verlagsgesellschaft des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Inselstraße 6a.** Man wende sich deshalb im Bedarfsfalle vertrauensvoll an die genannte Adresse

Gestorben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

Dresden-Pirna. Am 25. Januar der Sandsteinmetz Raimund Richter, 31 Jahre alt, 2 Jahre krank, Lungentuberkulose.

Hamburg. Am 30. Januar der Bildhauer Adalbert Neumeier, 55 Jahre alt, 7 Monate krank, Darmleiden. — Am 10. Februar der Steinmetz Oswald Hohe, 63 Jahre alt, 4 Jahre krank, Operationsfolgen.

Leipzig. Am 4. Februar der Straßenbau-Hilfsarbeiter Hermann Beyer, 77 Jahre alt, Altersschwäche.

Nürnberg. Am 5. Februar der Sandsteinmetz Friedrich Reu, 46 Jahre alt, 1¼ Jahr krank, Staublunge.

Hannover. Am 5. Februar der Rammer Johann Dobras, 69 Jahre alt, 4 Monate krank, Speiseröhrenkrebs.

Ettringen. Am 7. Februar der Steinmetz Joh. Stolzenberg, 66 Jahre alt, 4 Monate herzkrank.

Berlin. Am 9. Februar der Rammer Albert Woltert, 66 Jahre alt, 2 Jahre krank, Wassersucht. — Am 10. Februar der Steinsetzer Wilh. Wendt, 75 Jahre alt, Altersschwäche.

Mannheim. Am 9. Februar der Sandsteinmetz Peter Sattler, 53 Jahre alt, 2¾ Jahre krank, schwere Staublunge.

Würzburg (Bezirk). Am 10. Februar der Brecher Johann Köller, 59 Jahre alt, 3 Monate krank, Hirnentzündung.

Striegau. Am 12. Februar der Granitsteinmetz Albert Weiner, 64 Jahre alt, Altersschwäche.

Demitz-Thumitz. Am 18. Februar der Brecher Emil Hoche, 71 Jahre alt, Altersschwäche.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag Ernst Winkler, beide in Leipzig.
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.